



Broemme meint

Optimiert oder optimal?

(BS) Die Warnung der Bevölkerung muss auf verschiedenen Wegen jederzeit möglich sein und zwar großflächig, wie auch in kleinen Zellen. Auf der einen Seite wird sukzessive das Sirennetz wieder neu aufgebaut, auf der anderen Seite gibt es seit einem Jahr das Cell Broadcast-System in Deutschland. Nicht zu vergessen Apps, die installiert werden müssen, wie NINA und KATWARN.

Cell Broadcast wird zurecht als ein großer Fortschritt bezeichnet, es ist jedoch meiner Meinung nach noch nicht das optimale System, da es nicht kleinteilig genug warnen und informieren kann. Hier gab es Angebote aus der Telekommunikationsbranche, die von staatlicher Seite abgelehnt wurden und zum Teil an der Frage, wer welche Kosten zu übernehmen hat, gescheitert sind.

Obwohl Cell Broadcast sich einer großen Beliebtheit erfreut, hat es zwei Nachteile: Es ist nicht kleinteilig genug möglich und es erreicht noch immer nicht abgeschaltete Handys oder Smartphones, was in den USA bereits seit Jahren Stand der Technik ist.

Zu einem Optimalsystem haben wir also noch einen langen Weg vor uns.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

Psychosoziale Unterstützung in Großeinsätzen



Rettungskräfte riskieren ihr eigenes Leben und belasten sich und ihre Lieben mental.

Foto: BS/lukyeee_nuttawut; Adobe Stock

(BS) Einsatzkräfte sind während Großlagen nicht selten großen Gefahren für ihr eigenes Leben ausgesetzt. Dementsprechend braucht es eine gestärkte psychosoziale Unterstützung, wie auch Innenminister Herbert Reul findet. Das Konzept für überörtliche Hilfe „Psychosoziale Notfallversorgung für Einsatzkräfte“ (ÜPSNV-E) soll dazu beitragen, dass Einsatzkräfte, von denen auch ein großer Teil auf ehrenamtlicher Basis agiert, möglichst schnell psychosoziale Unterstützung erhalten.

„Die Helferinnen und Helfer im Brand- und Katastrophenschutz riskieren in Einsätzen nicht selten ihr eigenes Leben, um das Anderer zu schützen. Das geht an die Substanz – für die Helferinnen und Helfer, aber auch deren Familien. Deshalb ist es unsere Aufgabe, uns bestmöglich für ihre Nachsorge und Unterstützung einzusetzen“, erklärt Innenminister Reul das Konzept. Es zielt darauf ab, in Großschadenslagen und Katastrophenfällen bestmöglich vorbereitet zu sein. Für solche Lagen stünden in Zukunft vorgeplante Einheiten mit spezieller Ausbildung und Erfahrung bereit. Diese können von der Einsatzleitung an den jeweiligen Leitstel-

len für die Hilfskräfte angefordert werden, sollte kurz nach oder in einem belastenden Einsatz die Notwendigkeit dazu auftreten. So kann Helferinnen und Helfern schnell und zielgerichtet vor Ort geholfen werden, während den anfordernden Behörden eine leichtere Einsatzplanung ermöglicht wird.

Gerade in Lagen, in denen die Kräfte vor Ort nicht mehr ausreichen, um sich um betroffene Einsatzkräfte zu kümmern oder wenn es gar zu Toten und Verletzten in den eigenen Reihen käme, sei eine schnelle Hilfe von außen wichtig, erläutert Reul weiter. Das Konzept ist Teil des 15-Punkte-Plans, welcher nach der Flut 2021 als Leitfaden für die Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes aufgestellt worden ist. Es soll die bewährten Pläne für Psychosoziale Notfallversorgung im Land ergänzen. Ausgearbeitet wurde es daher unter anderem von einer Projektgruppe der Bezirksregierung Arnsberg, Kommunalen Spitzenverbänden, dem Verband der Feuerwehr und dem Arbeitskreis/der Facharbeitsgruppe Psychosoziale Notfallversorgung/Psychosoziale Unterstützung.

Bessere Kooperation mit neuer EU-Schnittstelle



Katastrophenschutz auf EU-Ebene ist besonders wichtig – wird aber auch immer komplexer.

Foto: BS/Jamrooferpix, [Adobe Stock](#)

(BS) Katastrophenschutzmaßnahmen und Prävention gibt es nicht nur auf Bundes- und Länderebene, sondern auch in einer größeren Dimension, nämlich der EU-Ebene. Der „Union Civil Protection Mechanism“, kurz UCPM oder zu Deutsch „Katastrophenschutzverfahren der Europäischen Union“, soll die Kooperation zwischen den Mitgliedsländern stärken. Sowohl im Zivilschutz als auch in der Prävention und der Reaktion auf Lagen. Tritt also ein Ernstfall ein, der die Kapazitäten eines Landes übersteigt, kann über dieses Verfahren zusätzliche Unterstützung angefordert werden.

Da sich Deutschland nicht nur als Bund, sondern auch mit den einzelnen Bundesländern und Hilfsorganisationen an diesem zunehmend komplexer werdenden Verfahren beteiligt, haben sich Bund und Länder auf die erstmalige Einrichtung einer gemeinsamen EU-Kompetenzstelle geeinigt. Diese

soll ein gemeinsames und systematisches Agieren im UCPM gewährleisten und eine enge und konstante Kooperation der deutschen Hauptakteure mit dem Unionsverfahren unterstützen.

Aufgabe der Kompetenzstelle

Eingerichtet wurde diese Kompetenzstelle im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Die Institution soll sich dabei nicht auf die operative Bewältigung von Katastrophen fokussieren, sondern auf die Bereiche Vorbereitung und Vorbeugung. Durch gezielte Fachberatung, Wissensmanagement und Informationstransfer unterstütze die Kompetenzstelle als Koordinations- und Kooperationsplattform Bund, Länder und Hilfsorganisationen. Dabei kann sie sich auch auf die langjährigen Erfahrungen von BBK und Technischem Hilfswerk (THW) im Bereich des europäischen Katastrophenschutzes stützen. BBK-Präsident Ralph Tiesler erklärt: „Die neue EU-Kompetenzstelle im BBK ist nicht nur Ausdruck der engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Akteure im deutschen Bevölkerungsschutz. Sie zeigt auch, wie wichtig das Europäische Katastrophenschutzverfahren für Deutschland ist und dass wir bereit sind, uns gemeinsam einzubringen.“

Ebenfalls im BBK angesiedelt ist das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern, welches sich als zentrale Sammelstelle um internationale Hilfeleistungssuche kümmert.

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

19. Februar:

- Mal auf dem Teppich bleiben
- Essen: Poser-Szene radikalisiert

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik.“](#)

19. Februar:

- Indonesien nach der Wahl
- Baerbocks fünfte Reise nach Israel

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

21. Februar:

- OZG 2.0 auf der Zielgeraden
- NRW und BSI wollen Synergieeffekte stärken

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Ins Netz gegangen

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“ vom](#)

20. Februar:

- Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

[Podcast „Public Sector Insider Stichwort“ vom](#)

7. Februar:

- Klimaneutral digital

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 SUBSCRIBE

Rekord-Hoch bei der DLRG

(BS) Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V. (DLRG) blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2023 zurück, wie der starke Zuwachs an Mitgliedern zeigt. Bereits im Vorjahr wurde ein Mitgliederrekord von 580.000 aufgestellt, dieser wurde 2023 noch einmal übertroffen. Deutschlandweit konnte ein Zuwachs von rund 4,7 Prozent verzeichnet werden, auf über 607.000 Mitglieder. Auch die Zahl der ehrenamtlich Aktiven steigt langsam an, aktuell sind es über 112.000 bei den 30- bis 49-jährigen.

Mehr Ehrenamt erwünscht

Doch noch reicht der DLRG diese Menge an ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern nicht aus. „Über die Hälfte der Zehnjährigen kann nicht sicher schwimmen und es ertrinken hierzulande jedes Jahr hunderte Menschen“, erklärt DLRG Präsidentin Ute Vogt. „Es gibt für uns keinen Grund, sich auszurufen.“ Daher soll auch der Nachwuchs zukünftig vermehrt ausgebildet werden. Denn zu den zahlreichen Aufgaben der DLRG zählen auch der Schwimmunterricht und das Aufklären über Gefahren im Wasser.

Durch Corona-Schutz- und Energiesparmaßnahmen war eine Schwimmausbildung

in den letzten Jahren nur bedingt möglich. Nach dem Aufheben der Einschränkungen kann nun wieder verstärkt ausgebildet werden und zusätzlich verzeichnen die Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmer einen Zuwachs an jungen Mitgliedern von über 15.500. Das sei ebenfalls eine zu begrüßende Entwicklung, denn „das führt zu einem zu mehr sicheren Schwimmerinnen und Schwimmern. Zum anderen können wir die Basis für die nächste Generation von Rettungsschwimmerinnen



Die Wichtigkeit der DLRG und ihrer ehrenamtlichen Einsatzkräfte nimmt mit den vermehrt auftretenden Hochwasserlagen weiter zu.

Foto: BS/DLRG

und Rettungsschwimmern legen“, erläutert Vogt.

Fachsymposium der DLRG

Möglicherweise ist der allgemeine Anstieg an Beitritten auch den vermehrt auftretenden Hochwasserlagen der letzten Jahre geschuldet? Für all jene, die sich aus diesem Grund für den Beitritt in die DLRG entschieden haben und alle am Thema interessiert sind, findet am 10. und 11. Oktober ein Fachsymposium zum Thema Strömungsrettung und Hochwasserkatastrophenhilfe statt. Denn auch die DLRG stellt seit 2004 eine anerkannte und funktionstüchtige Einsatzkomponente für den bundesweiten Katastrophenschutz, gerade bei Hochwasser, Starkregen und Überflutungen.

Eingeladen zum „Symposium 20 Jahre Strömungsrettung“ sind Vertreterinnen und Vertreter von Behörden und Ministerien, Führungskräfte anderer Hilfsorganisationen und Feuerwehren. Neben Vorträgen und Vorführungen wird es eine Fachausstellung zur Leistungsfähigkeit der Strömungsrettung geben.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Auf dem Prüfstein

DIE LINKE: Festgelegte Zielvorgaben und mehr Verbindlichkeit

(BS) Anlässlich der Europawahlen am 9. Juni haben wir Deutschlands Parteien gefragt, was sie auf EU-Ebene für den Katastrophenschutz erreichen wollen.

Lesen Sie in den kommenden Ausgaben die Antworten der Parteien.

Behörden Spiegel: Was wünschen Sie sich für den europäischen Katastrophenschutz in den nächsten vier Jahren?

LINKE-Sprecher: Die EU muss zivile Konfliktlösungskapazitäten, internationalen Katastrophenschutz und Entwicklungszusammenarbeit stärken. Wir wollen einen zivilen europäischen Friedensdienst gründen und zivile Strukturen für internationalen Katastrophenschutz aufbauen.

Behörden Spiegel: Was möchte Ihre Partei an dem aktuellen Katastrophenschutzverfahren der Union ändern?

LINKE: Das EU-Katastrophenschutzverfahren umfasst einen Europäischen Katastrophenschutz-Pool. Dies ist ein bislang freiwilliger Pool von zuvor zugesagten Hilfsmöglichkeiten, die die EU-Mitgliedsstaaten zur Verfügung stellen können. Diese Strukturen müssen zukünftig personell, materiell und finanziell besser unterfüttert und vor allem verstetigt werden.

Dafür müssen die entsprechenden Mittel aufgestockt werden und wir brauchen feste Zielvorgaben für den Europäischen Katastrophenschutz-Pool. Die Mitgliedsstaaten

verpflichten sich, je nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, die daran festgelegten Zielvorgaben zu erfüllen.

Behörden Spiegel: Sollte sich Deutschland im europäischen Katastrophenschutz mehr engagieren?

LINKE: Wir brauchen eine Bundesleitende zentrale Katastrophenschutz und vor allem auch entsprechende grenzüberschreitende Koordinierungsstellen. Denn Naturkatastrophen machen vor Grenzen nicht halt. Hier muss die Bundesregierung sich auf EU-Ebene für die Schaffung entsprechender Strukturen einsetzen.

Kritisches Fazit der DRF Luftrettung

(BS) Bei Herzinfarkten oder manchem Unfall zählt für die Betroffenen jede Sekunde. Daher ist Effizienz in der Notfallrettung besonders wichtig. Gerade auf dem Luftweg kann die Rettung schnell erfolgen. Die DRF Luftrettung (ehemals Deutsche Rettungsflugwacht e. V.) wurde daher 2023 zu über 36.000 Einsätzen gerufen. Die häufigsten Grundedafür waren Herzinfarkte, Schlaganfälle und Unfälle. Fast 8.000 Intensivtransporte durch Hubschrauber und 365 Rückholungen durch Ambulanzflugzeuge kann die DRF Luftrettung im gleichen Zeitraum verzeichnen. Um Patientinnen und Patienten aus schwer zugänglichen Gebieten zu retten, wurden auch die Rettungswinden über 100 mal bedient. Dr. Krystian Pracz, Vorstandsvorsitzender der DRF Luftrettung, erklärt: „Unsere Mitarbeitenden, vom Notarzt über Notfallsanitäter und Techniker bis zu den Mitarbeitenden in der Einsatzzentrale und der Verwaltung, haben auch 2023 wieder ein großartiges Engagement weit über das normale Maß hinaus gezeigt.“

System muss effizienter werden

Zugleich zieht Pracz eine kritische Bilanz zum deutschen Notfallrettungssystem: „Die Aufgabe aller Rettungsdienste ist es, Menschen in gesundheitlich bedrohlichen Situationen möglichst schnell zu helfen [...]. Besonders bei schweren Erkrankungen oder Verletzungen tickt die Uhr, die gesundheitliche Situation der Betroffenen verschlech-



Das Rettungsteam der DRF Luftrettung ist ständig im Einsatz.

Foto: BS/DRF Luftrettung

tert sich mit jeder Minute mehr, die wir vom Eintreten des Notfalls bis zur Versorgung im Krankenhaus benötigen. Das bedeutet auch mehr gesundheitliche Schäden, längere Krankenhauszeiten, längere oder gar keine Genesung.“ Gerade im ländlichen Raum gebe es in diesem Punkt aber Probleme, verursacht durch die Schließungen von Krankenhäusern und Fachabteilungen sowie dem fehlenden Fachpersonal.

Daher schlägt die DRF Luftrettung eine Reihe von kurzfristig umsetzbaren aber wirksamen Maßnahmen vor, um das System zu verbessern und an die strukturellen Veränderungen im Gesundheitswesen anzupassen. Unter anderem werden die Verbesserung der Koordination von einzelnen Rettungsteams oder die beschleunigte Einführung des „Point in Space“-Verfahrens

(PinS) genannt. Dieses Verfahren wird bereits in Dänemark und Schweden effizient genutzt. Es ermöglicht durch satellitengestützten Instrumentenflug auf einer vordefinierten Route einen sicheren Flug für Rettungskräfte, auch bei schlechten Sichtverhältnissen.

„Wir müssen, wir wollen und wir können die Versorgungsqualität verbessern, indem wir mit geringem finanziellen Aufwand in einem ersten Schritt die vorhandenen Ressourcen besser nutzen – sowohl technisch als auch im Hinblick auf das vorhandene Personal“, erklärt Dr. Pracz. „Wir müssen jetzt die bürokratischen Hindernisse abbauen und ganzheitlich denken und handeln, um die bestmögliche medizinische Versorgung sicherzustellen.“

Auch im Rahmen des jährlichen europäischen Tags des Notrufs 112 am 11.2. weist die DRF Luftrettung auf die Wichtigkeit eines effizient genutzten Notrufsystems hin. Denn die Notrufnummer 112 ist nur für lebensbedrohliche Notfälle gedacht. Für alle anderen medizinischen Notfälle gibt es die Rufnummern des Patientenservice, 116 und 117, die bei Bedarf auch den ärztlichen Bereitschaftsdienst einbinden. Durch eine konsequente Nutzung dieser beiden Rufnummern können Rettungsteams effizient verzahnt werden und so gelingt auch die Priorisierung von Notfällen und die Zuweisung von entsprechenden Rettungsteams besser.

Open Campus: "Gefahrenabwehr"

(BS) Das Deutsche Rettungs- und Krankenhausystem ist stark überlastet. Neben fehlendem Personal sowohl in Krankenhäusern als auch bei den Rettungskräften und Sanitätern, ist auch die Aufnahmekapazität der Einrichtungen massiv ausgereizt. Ein Teufelskreis entsteht, wenn Rettungswagen die Patientinnen und Patienten nicht mehr schnellstmöglich zum nächsten Krankenhaus bringen können, weil dessen Kapazitäten bereits aufgebraucht sind. Gleichzeitig verlängert sich so auch die Zeit, die der Krankenwagen dann bis zum nächsten Not-

fallpatienten braucht. Für die Patientinnen und Patienten, für die oft jede Sekunde zählt, ein katastrophaler Zustand.

Zu diesem Thema findet am 13. März an der FOM – Hochschule für Oekonomie und Management das Info-Forum „Gefahrenabwehr“ des Open Campus mit Podiumsdiskussion statt. Im Anschluss kann sich auch mit den Initiatorinnen und Initiatoren und Lehrenden über den nun zum zweiten Mal startenden Studiengang „Management in der Gefahrenabwehr“ (B. Sc.) ausgetauscht werden. Es kann sowohl vor Ort in der Stre-

semannallee 4-6 in Neuss oder via Zoom teilgenommen werden. Die Veranstaltung richtet sich an alle in der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr tätigen Personen, bestehende und zukünftige Kooperationspartner sowie Studierende und Interessierte des genannten Studiengangs. Die Veranstaltung wird in Kooperation mit dem Behörden Spiegel durchgeführt.

Mehr Informationen und Anmelde-möglichkeiten finden Sie [hier](#).

Positive Bilanz nach einem Jahr Cell Broadcast

(BS) Cell Broadcast feiert am 23. Februar 2024 sein einjähriges Bestehen in Deutschland. Seit der Inbetriebnahme des neuen Warnkanals durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) konnten deutschlandweit bereits 219 Warnmeldungen erfolgreich versandt werden. Cell Broadcast stellt so eine bedeutende Erweiterung der in Deutschland verwendeten Warnmittel, wie Sirenen, Radio und Fernsehen oder Warn-Apps, dar.

BBK-Präsident Ralph Tiesler bilanziert zum Jubiläum: „Gerade in akuten Gefahrensituationen hat sich Cell Broadcast als schnelles und zuverlässiges Warnmittel in Deutschland erfolgreich bewährt. Mit keinem anderen Warnmittel können in so kurzer Zeit so viele Menschen erreicht werden. Mit der Einführung von Cell Broadcast als zusätzliches Warnmittel ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes erreicht.“

Das bestätigen auch die aktuellen Umfrageergebnisse, die das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) nach dem Bundesweiten Warntag 2023 erhoben hat und aktuell auswertet: Demnach konnten 72 Prozent der Befragten am Warntag per Cell Broadcast erfolgreich gewarnt werden. Damit zählt Cell Broadcast zu den reichweitenstärksten und effektivsten Warnmitteln. Die Umfrage zeigt zudem: Cell Broadcast gehört zu den Warnmitteln, die die Bevölkerung als „sehr sinnvoll“ erachtet: So gaben 81 Prozent der Befragten an, dass sie den Einsatz des neuen Warnmittels begrüßen.



Beim Cell Broadcast werden Warnungen via Funkmasten direkt und zur gleichen Zeit auf alle Smartphones der Umgebung übertragen.

Foto: BS/Leonid, [Adobe Stock](#)

Cell Broadcast ist eine Warnnachricht, die direkt auf das Handy oder Smartphone geschickt wird. Handys und Smartphones registrieren sich automatisch in einer sogenannten Funkzelle, über die ein Netzempfang hergestellt wird. Der Vorteil dabei ist, dass so alle Personen anonym erreicht werden können. Der hierfür erforderliche Datenverkehr wird auch durch ein erhöhtes Aufkommen an Mobilfunkgesprächen nicht beeinflusst. So funktioniert Cell Broadcast auch in stark ausgelasteten Netzen.

Die mit Abstand meisten Cell Broadcast-Nachrichten (59) wurden dabei im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen verschickt. Es folgen Rheinland-Pfalz auf Platz zwei (32), Bayern auf Platz drei (25) und Hessen auf Platz vier (20) – dicht gefolgt von Niedersachsen (19) und Schleswig-Holstein (19) auf Platz fünf.

Besonders häufig kam das neue Warnmittel bei Bränden zum Einsatz: Fast jede zweite Cell Broadcast-Warnung (45 Prozent) ist auf einen Brand oder eine damit einhergehende Gefährdung – wie Brandgase – zurückzuführen.

Auch bei Naturgefahren und Wetterereignissen wird in Deutschland oft per Cell Broadcast gewarnt: Jede fünfte Cell Broadcast-Meldung (18 Prozent) ist hiervon betroffen.

Bei Weltkriegsbomben- und Munitionsfunden wird in Deutschland ebenfalls verstärkt per Cell Broadcast gewarnt: Zwölf Prozent aller Cell Broadcast-Meldungen sind auf einen Munitionsfund zurückzuführen. Dies ist damit zu begründen, dass eine Bombenentschärfung oft sofortige Evakuierungsmaßnahmen erfordert.

12.–13. März 2024

DIGITALER STAAT

schneller, stärker, souveräner:

GEMEINSAM.

Andel's Hotel, Berlin

Partnerland 2024:
Dänemark

DIGITALER-STAAT.ORG

27. Europäischer Polizeikongress



**Isabel
Schmitt-Falckenberg**
Abteilungsleitung
Bundespolizei



**Michael
Stübgen**
Innenminister
Brandenburg



**Rita
Schwarzelühr-Sutter**
Parl. Staatssekretärin, BMI



**Jürgen
Hohnen**
Staatssekretär a.D



**Jürgen
Mathies**
Staatssekretär a.D

Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon, Scarlett Lüsser. Redaktion: Jonas Brandstetter, Benjamin Hilbricht, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Marlies Voßebrecker. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.